

Rainer Ferchland

Der „Sozialreport 2002“ des Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrums Berlin-Brandenburg e.V.

Mit dem „Sozialreport 2002. Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern“ (Winkler 2002) liegt bereits die 8. Folge dieser Buchreihe vor. Allerdings ist zu befürchten, dass es sich um die letzte Folge dieser Serie handeln könnte, wenn man zur Kenntnis nimmt, unter welchen Mühen die Finanzierung des Projekts, an dem sich die Mitherausgeber Hans-Böckler-Stiftung und Volkssolidarität beteiligten, zustande kam (11).

Diese „Sozialreport“-Folge, die unter gleichem Titel von 1993 bis 2001 erschienene Quartalszeitschrift und spezielle Reports zur sozialen Lage ausgewählter Gruppen (Ältere, Arbeitslose, Behinderte¹) (vgl. auch Ferchland u.a. 2002, 26ff, 39 ff) analysieren seit Beginn der Vereinigung die soziale Lage und Entwicklung der ostdeutschen Bundesländer und den Prozess ihrer Integration in das vereinigte Deutschland. Wolfgang Zapf, Nestor der (west-)deutschen Sozialberichterstattung, würdigte diese Leistung als „’der wichtigste ostdeutsche Beitrag zur Sozialberichterstattung“ (7).

Die Notwendigkeit, diese Analysen mit der spezifisch ostdeutschen Perspektive auch in Zukunft weiterzuführen, wird an einem Resümee des Reports 2002 deutlich: „Dreizehn Jahre nach dem Mauerfall erweisen sich Ost- wie Westdeutsche mehr als zuvor und mehr als angenommen als spezifische Gruppen mit besonderen Denk- und Verhaltensstrukturen, Werten, Wertorientierungen und Erwartungen sowie Vergangenheits- und Gegenwartsbewertungen.“ (8)

Konzeptionell verfolgt der Report zwei Schwerpunkte:

Erstens sollen objektive statistische Daten zu den behandelten Sachgebieten mit der Darstellung subjektiver Reflexionen der Ostdeutschen verbunden werden. Deshalb liegt jeder Ausgabe des Sozialreports auch jeweils eine Bevölkerungsbefragung zugrunde, deren Auswertung mit Darstellung von Befunden der amtlichen Statistik verbunden wird. Der Report 2002 findet in der dreizehnten Erhebung² seit 1990 „zu den Auffassungen und Befindlichkeiten der Bürger der neuen Bundesländer zu ihrer sozialen Lage und Entwicklung“ (7) seine entscheidende Basis. Darauf beruht ein bemerkenswerter Vorzug der Sozialreports. Er stellt eine organische Verbindung her zwischen der Analyse der objektiven sozialen Lage (im Lichte der amtlichen Statistik wie der Befragungsergebnisse) einerseits und ihrer subjektiven Bewertung in Gestalt von Zufriedenheiten, Hoffnungen, Befürchtungen, Erwartungen, Bewertungen etc. andererseits. Hervorhebenswert ist darüber hinaus, dass der Sozialreport nicht nur die individuelle Ebene der sozialen Lage in ihrer Konstellation von objektiven Lebensbedingungen und subjektiver Befindlichkeit reflektiert, sondern dass darüber hinaus die gesellschaftliche Ebene erkundet wird – zum einen durch die Darstellung der objektiven Komponente (Arbeitslosenquoten etc.), zum anderen als wahrgenommene Qualität der Gesellschaft (z.B. Zufriedenheit mit Demokratieentwicklung; Erwartungen in demokratische Entwicklung, Aussagen zur sozialen Gerechtigkeit usw.) .

¹ Der jüngste Behindertenbericht erschien soeben (Winkler [Hrsg.] 2003).

² Leider sahen sich die Verantwortlichen aus finanziellen Gründen erstmals gezwungen, den Befragungsmodus zu verändern und die Erhebung auf postalischem Weg vorzunehmen.

Zweitens sind die Autoren bestrebt, „eine Beschreibung der sozialen Situation zu erreichen, die alle Lebensbereiche erfasst und weder arbeits- noch einkommenszentriert ist. Der Report umfasst deshalb die Bereiche:

- Leben in den neuen Bundesländern mit den Schwerpunkten: Zufriedenheiten, Hoffnungen, Vereinigungsbewertung,
- Arbeitsmarkt,
- Einkommen,
- Gesundheit,
- Demokratische Mitbestimmung.“ (10)

In der konzeptionellen Anlage zeigen sich die Autoren wichtigen Qualitätsanforderungen an die Gestaltung von Sozialberichten verpflichtet:

- Vorbildliche Darstellung der Ergebnisse im *Zeitvergleich*: Indem die Befunde grundsätzlich in Zeitreihen präsentiert und in Diagrammen veranschaulicht werden, können Trends der Entwicklung erkannt und diskutiert werden. So wird nicht nur die Entwicklung seit dem zuletzt erschienenen Report reflektiert, sondern auch in den Zusammenhang mit dem gesamten Zeitraum seit deutsch-deutschen Vereinigung gestellt.
- *Raumvergleich*: Im Mittelpunkt steht die soziale Lage und die Entwicklung Ostdeutschlands als Ganzes. Die Möglichkeiten, die Befragungsergebnisse räumlich differenziert darzustellen, sind aufgrund der begrenzten Zahl der Befragten gering, verschiedentlich erfolgte der Vergleich nach ostdeutschen Bundesländern. Eine Ost-West-Unterscheidung ist mit den Daten der Befragung prinzipiell nicht möglich. Jedoch wurden auf Basis der amtlichen Statistik und unter Hinzuziehung anderer Erhebungen (z.B. SOEP) häufig und detailliert Ost-West-Vergleiche vorgenommen (z.B. im Abschnitt Erwerbsarbeit) – leider kaum beim Thema Einkommensentwicklung.
- *Soziale Differenzierung*: Die sozial differenzierte Darstellung der Befunde erfolgt konsequent. Unterscheidungskriterien sind vor allem Geschlecht, Qualifikation, Alter, Erwerbsstatus, aber auch z.B. Haushalts- bzw. Familienform, eigene wirtschaftliche Lage, soziale Schicht u.a..
- *Wertung*: Die Autoren beweisen den Mut zur Wertung der Ergebnisse ihrer Analyse und zugleich den zur spezifisch ostdeutschen Perspektive. Dabei ist es ihr besonderes Anliegen, Tendenzen entgegenzutreten, ostdeutsche Besonderheiten „ausschließlich als unzureichende Vergangenheitsbewältigung“ (8) bzw. als Abweichung vom West-Normativ zu „bewerten“. Dieser Mut zur Wertung zeigt sich z.B. auch in der Darstellung von Zusammenhängen zwischen sozialer Ungleichheit und sozialer Gerechtigkeit, womit zugleich ein Erklärungsansatz geliefert wird, warum die Integration der Ostdeutschen, gemessen am Grad der Identifikation mit der Bundesrepublik, noch so wenig fortgeschritten ist (53ff).

Besondere Brisanz besaßen die im Sozialreport getroffenen Resultate und Wertungen durch den Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung – im Jahr der Bundestagswahl 2002.

Zu den Hauptergebnissen des Reports 2002 zählen wohl die folgenden Aussagen:

Es gibt keinen gemeinsamen Nenner der bis dahin 12-jährigen Entwicklung von 15 Millionen Menschen, auch keine Positives gegen Negatives aufrechnende Bilanz. „Es war/ist eine positive Entwicklung mit deutlich werdenden ‚Wohstandsverlusten‘, die sich in zunehmendem Maße an eigenen anstelle fremdbestimmten ‚Normativen‘ orientiert.“ (71) Eingeschätzt wird, „dass die Stimmung im Osten weiter gekippt ist ... und sich deutlich den realen Lebensverhältnissen nähert“ (8). Dies ist den neuen Bundesländern mit der Gefahr verbunden, „dass sich politische Einstellungen und Haltungen der Resignation und Zurückhaltung in der Partizipation dauerhaft verfestigen.“ (208)

Auch wenn die Autoren eine arbeitszentrierte Darstellung zu Recht vermeiden wollen - die ausschlaggebende Rolle der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit in Ostdeutschland wird als Hauptursache für die resignativen Tendenzen der Stimmung im Osten überzeugend herausgearbeitet: „Die vom Bürger für das eigene Leben gesteckten Ziele erwiesen/erweisen sich für einen großen Teil der Bevölkerung als nicht erreichbar:

- einer Erwerbsarbeit nachgehen zu können, die es dem Einzelnen und seiner Familie ermöglicht, ein auf eigener Leistung erzielttes Einkommen zu realisieren;
- Bedingungen vorzufinden, die es den Familien/Müttern ermöglichen, Erwerbsarbeit und familiäre Verpflichtungen miteinander verbinden zu können;
- mit der eigenen Arbeit ein soziales Sicherungssystem zu gewähren, das entsprechend dem Generationenvertrag, der Solidarität und auf paritätischer Grundlage soziale Sicherungen bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und im Alter gewährleistet;
- teilzunehmen an den Produktivitätszuwächsen und Betriebsgewinnen durch eine entsprechende Einkommensentwicklung, die dem individuellen Leistungsanteil entspricht.“ (72)

Diese Enttäuschungen fallen umso mehr ins Gewicht, als in Ostdeutschland nach wie vor eine stärkere Erwerbsorientierung besteht als im früheren Bundesgebiet. Trotz massenhafter Ausgrenzung von der Erwerbsarbeit ist im Osten Deutschlands ein Wertewandel in Bezug auf Arbeit nicht eingetreten (77). Doch reflektiert die sehr hohe Wertschätzung der Arbeit hier „nicht nur das Bedürfnis zu arbeiten, sondern auch das Fehlen der Möglichkeiten“, dieses Bedürfnis zu befriedigen (77).

Da eine systematische Diskussion der einzelnen Abschnitte in der hier nötigen Kürze nicht angebracht ist, konzentriert sich die weitere Auswertung auf einige wenige Schwerpunkte.

1. Neue Entwicklungen im Zeitraum 2001-02 (Beispiele)

Wirtschaftliche Stagnation und die fatale Entwicklung auf Arbeitsmarkt ließen im Zeitraum 2001/02 starke Verunsicherungen aufkommen. Damit entstand eine „Phase stark rückläufiger Zufriedenheiten und Hoffnungen“ z.B. in Bezug auf Lebenszufriedenheit, die individuelle wirtschaftliche Lage, Zukunftserwartungen (16/17). Es verbreiteten sich pessimistische Erwartungen zur Entwicklung des Lebensniveaus: 62% der befragten Ostdeutschen erwarten z.B. Verschlechterung des Verhältnisses von Löhnen und Preisen (107); 66% der 50-59-Jährigen und 60% der Älteren gehen davon aus, dass ihr Alterseinkommen nicht der Lebensarbeitsleistung entspricht bzw. entsprechen wird (109).

Die Zufriedenheit mit dem Gesundheitswesen sank 2002 auf einen Tiefpunkt. Hauptursache dafür ist weniger die konkrete gesundheitliche Versorgung, sondern Unzufriedenheit mit den öffentlichen Rahmenbedingungen der Gesundheitsfürsorge (159). Eher gering sind die Erwartungen an die zukünftigen Bedingungen für ein gesundes Leben (161).

Ökonomische Krise, Arbeitsmarktdesaster und soziale Einschnitte haben auch einschneidende politische Konsequenzen. Die „Zufriedenheit mit dem eigenen politischen Einfluss ist weiter zurückgegangen und erreichte 2002 im Vergleich zu den Vorjahren einen Tiefpunkt“ (9% sehr zufrieden/zufrieden, 184). Auch bewegt sich die Zufriedenheit mit der demokratischen Entwicklung mit 11% (sehr zufrieden/zufrieden) nach wie vor auf niedrigem Niveau“ (184).

Während die ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger „zunächst Wahlen und Wahlversprechen einen hohen Realitätsgehalt unterstellten, indem z.B. ihre Zukunftszufriedenheit im Umfeld der Wahlen steigt bzw. relativ hoch ist (1994/95, 1998/99)“, war im Wahljahr 2002 erstmals seit Beginn der Erhebungen die Zufriedenheit auf einen bisher nicht erreichten niedrigen Stand gesunken, „erstmalig übersteigt die Unzufriedenheit den Anteil der Zufriedenen“ (35). Dieses Misstrauen wurde, wie die Wahlergebnisse zeigen, offenbar auch den Versprechungen der Opposition entgegengebracht.

Es wurden auch Anzeichen einer veränderten Haltung zum Vereinigungsprozess sichtbar. Nach vorangegangenem Anstieg sind erneut Niedrigwerte bei Bewertung der deutschen Einheit zu registrieren. Nur 36% der Befragten sahen darin „vor allem Gewinn“/„mehr Gewinn als Verlust“ (1999: 43%; 66). Nicht neu hingegen sind die Spitzenreiter jener Werte bzw. Lebensbereiche, die vor allem als Gewinn (Warenangebot, Reisen, persönliche Freiheit) bzw. Verlust (soziale Sicherheit, soziale Gerechtigkeit, persönliche Sicherheit, Arbeit) im Zusammenhang mit der deutschen Einheit genannt werden (66). Stellt man diese mit den Verlustbewertungen benannten gesellschaftlichen Defizite in den Zusammenhang mit den niedrigen Zufriedenheitswerten in Bezug auf Demokratie und persönliche politische Einflussmöglichkeiten, so wird die Warnung plausibel, die Ostdeutschen könnten sich in eine ‚Zuschauerdemokratie‘ zurückziehen, die sich auf reine Beobachter- und Kritikerpositionen begrenzt“ (208).

2. Besonderheiten der Ostdeutschen

Im Verlauf des bisherigen Transformationsprozesses kam es zur Ausprägung einer nicht gewollten und unerwarteten *Ost-Identität*. In ihr drückt sich eine „spezifische subjektive Widerspiegelung der politischen, ökonomischen und sozialen Entwicklung der neuen Bundesländer als einer der beiden ‚Teilgesellschaften‘“ (13) aus. Diese Ost-Identität wird längerfristig existieren. Sie kann weder vor allem aus Verbundenheit mit der DDR erklärt, noch auf eine kritische Sicht des Vereinigungsprozesses reduziert werden. Als Ursachen dieses Phänomens werden genannt: Gleiche Lebensverhältnisse, soziales West-Ost-Gefälle, pauschale Be-/Verurteilung von außen, gleiche Geschichte/Tradition/Herkunft, friedliche Revolution 1989, gemeinsame Erfahrungen bei Umwandlung der Lebensverhältnisse mit Wohlstandsgewinnen und –verlusten; sie beruht auf „heutigen Realitäten und Disparitäten“ (14).

Merkmale der Ost-Identität sind: Starke Verbundenheit mit der „Region neue Bundesländer“³ (14), „hohe zunehmende Zukunftsverunsicherung“, stabile Wertestruktur - zentral „die Werte Arbeit, soziale und persönliche Sicherheit sowie Familie“ (17), „systemkritisches Verhalten, das auf notwendige Veränderungen ... im Rahmen des Systems zielt, aber keineswegs auf dessen Überwindung“ (19), „Rückgang in der positiven Bewertung der Lebensverhältnisse“ (20). Die Verbundenheit mit Ostdeutschland ist bei den jungen Leuten rückläufig, bei den Älteren jedoch stabil oder steigend (59).

Die spezifisch ostdeutsche Identität geht einher mit einer noch immer relativ geringen Integration in das System der Bundesrepublik. Die Mehrheit der Ostdeutschen nimmt eine Position „zwischen den Stühlen“ ein, wenn sie zu 67 Prozent einschätzen: „ich möchte weder die DDR wiederhaben noch fühle ich mich in der BRD schon richtig wohl“ (54). Trotz einer verbreiteten Ablehnung des DDR-Systems hat die „Mehrheit der Ostdeutschen ... noch nicht für sich die Entscheidung getroffen, ob das Modell Bundesrepublik Deutschland dazu geeignet ist, dem Bürger all das zu geben, was er für sich von einer freiheitlichen Ordnung, sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit erwartet/erwartet hatte.“ (55)

Seit Anfang der 90-er Jahre erfolgt in Ostdeutschland eine grundlegend andere subjektive (dreistufige) Schichtzuordnung als in den alten Bundesländern: Im Osten dominiert mit ca 60 Prozent stabil die Unter- und Arbeiterschicht, im Westen die Mittelschicht (56% 2001). Zwar erweist sich diese Schichteinstufung der Ostdeutschen als stabil. Aber es wächst die soziale Ungleichheit zwischen den drei Schichten: „In den Jahren zwischen 1992 und 2002 haben die Einkommens-/Lebensstandardunterschiede zwischen den einzelnen Schichten deutlich zugenommen“ (50).

In Bezug auf die *Erwerbstätigkeit* ist auf die folgenden Besonderheiten hinzuweisen:

- Wirtschaftswachstum führt nicht zu Beschäftigungsgewinn, der Aufschwung ist eher auf das alte Bundesgebiet konzentriert, der Osten bleibt eher zurück (74).
- Neben der nach wie vor stärkeren Orientierung auf die Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland (76,77) gibt es hier niedrigere Anteile an geringfügig Beschäftigten, sehr viel mehr unbefristete Arbeitsverträge (76) und eine wesentlich geringere Einbindung in tarifvertragliche Arbeitsbedingungen (West 70,1%, Ost 55,4%) (89). Dies geht einher mit sehr hohen Anteilen von nicht berufs- und qualifikationsgerechten Tätigkeiten und einer hohen Bereitschaft zur Akzeptanz sich verschlechternder Arbeitsbedingungen (85).
- Die Ostdeutschen zeigten ein „Maß an Mobilität, welches in der deutschen (und wahrscheinlich internationalen Geschichte) einmalig ist“ (82): Von denen, die seit 1990 im erwerbsfähigen Alter waren, übten 2001 nur noch 32% die gleiche Tätigkeit wie 1990 (82).

Die im Osten mehr als doppelt so hohe *Erwerbslosigkeit* wie im alten Bundesgebiet belegt, dass die „Trennung in zwei unterschiedliche Arbeitsmärkte“ (93) geblieben ist. Im Osten hat sich die Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau stabilisiert. Darüber hinaus besteht aber ein hohes Maß an Unterbeschäftigung, die nur partiell in den Arbeitslosenquoten sichtbar wird. In einer differenzierten Darstellung wird auf eine Defizitquote (fehlende Arbeitsplätze) von 50 Prozent geschlossen (95). Die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland erfährt auch wesentliche

³ Die Verbundenheit mit den neuen Bundesländern als Ganzes ist stärker ausgeprägt als mit der jeweiligen Gemeinde/Stadt, dem betreffenden Bundesland, der Bundesrepublik, der EU (57).

Strukturveränderungen (96), z.B. indem der Frauenanteil durch Verdrängen in die Stille Reserve abgesenkt wird, auch wächst der Anteil der Langzeitarbeitslosen. Die Tendenz des vorzeitigen Ausstiegs aus dem Erwerbsleben verfestigt sich (97). Eine wichtige Argumentation in Bezug auf die Bedeutung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen wird durch Befragungsergebnisse gestützt. Wenn vier von fünf der 18- bis 59-Jährigen AB-Maßnahmen als „einzige Chance, erwerbstätig zu sein“, bezeichnen und ebenso viele den Standpunkt vertreten „besser ABM-Stelle als keine Arbeit“, müssen derartige Maßnahmen „auch unabhängig von den Realitäten einer künftigen Beschäftigung gesehen werden“ (100).

Neben der Herausbildung und Verfestigung struktureller Besonderheiten in Ostdeutschland, vollziehen sich hier auch maßgebliche Tendenzen der Angleichung und Anpassung an die westdeutschen Gegebenheiten. So hat sich die Struktur der Privathaushalte „weitgehend den Verhältnissen der alten Bundesländer angepasst“ (51). Auch bezüglich der Erwerbstätigenstruktur nach Wirtschaftsbereichen gibt es derartige Tendenzen. Bereits 1994 lag der Anteil des produzierenden Gewerbes unter dem westdeutschen Niveau (75). Doch die Deindustrialisierung ging weiter. Auch die Gliederung nach Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen nähert sich dem westdeutschen Muster an.

3. Dimensionen und Konsequenzen sozialer Ungleichheit in Ostdeutschland (Beispiele)

Die oben bereits erwähnte unzureichende *Integration* der Ostdeutschen wird folgendermaßen in den Zusammenhang mit sozialer Ungleichheit und Ungerechtigkeit gebracht: „Nicht Unterschiedlichkeit in Strukturen behindert Integration, sondern eine Ungleichheit, die individuelle Entwicklung behindert und Ungleichheiten beinhaltet, die nicht nur als Ungerechtigkeit empfunden werden, sondern de facto auch darstellen. Dazu zählen insbesondere

- die Ungleichheit der Arbeitsmarktsituation und –entwicklung,
- die Ungleichheit der Besitz- und Vermögensstrukturen.“ (54)

Der Arbeitsmarkt ist in Deutschland mit einer doppelten Spaltung verbunden. Erstens ist Deutschland durch den Arbeitsmarkt gespalten. „Die Spaltung in jenen Teil, der erwerbstätig ist, und jenen, der direkt oder indirekt ausgegrenzt wird, bestimmt das soziale Leben in Deutschland“ (72). Zweitens gibt es eine Ost-West-Spaltung des Arbeitsmarktes: „Der Arbeitsmarkt in Deutschland und seine Entwicklungstendenzen sind gespalten“. So wuchs in Westdeutschland die Zahl der Erwerbstätigen von 1989 bis 2001 auf 114%. In Ostdeutschland hingegen wurde die Erwerbstätigenzahl von 1990 bis 2001 um ein Drittel (auf 65%) gesenkt (73).

Die soziale Ungleichheit der Ostdeutschen korrespondiert eng mit der subjektiven Bewertung der individuellen und gesellschaftlichen sozialen Situation und Entwicklung.

Die Beurteilung der wirtschaftlichen Situation differiert z.B. besonders auffällig mit der beruflichen Qualifikation und dem Erwerbsstatus. Je niedriger die Qualifikation, desto günstiger wird tendenziell die wirtschaftliche Situation „vor zwei Jahren“ bewertet. Arbeitslose beurteilen die Vergangenheit diesbezüglich deutlich günstiger als Erwerbstätige (28).

Die soziale Lage beeinflusst stark die individuellen Zukunftserwartungen. So sind Arbeitslose und Empfänger von Niedrigeinkommen mehrheitlich unzufrieden mit den „Zukunftsaussichten für das eigene Leben“. Auch Arbeiter (45%), unter 25-Jährige (44%), 45- bis 60-Jährige (47%) artikulieren zu großen Teilen Unzufriedenheit mit ihren Zukunftsaussichten (36).

Plausibel und dennoch eindrucksvoll differenziert die Einschätzung der individuellen sozialen Entwicklung im Zusammenhang mit dem sozialen Status und dem Nettoeinkommen. Arbeitslose/ABM (62%), in der Landwirtschaft Tätige (75%), Bezieher von Niedrigeinkommen (individuelles Nettoeinkommen unter 500€: 58%) bewerten die Entwicklung der letzten Jahre als sozialen Abstieg. Umgekehrt kennzeichnen Bezieher von (individuellem Netto-)Einkommen über 1.500€ die Entwicklung mehrheitlich als sozialen Aufstieg. Auch die Bewertung von Beamten und Selbständigen fällt diesbezüglich positiv aus, ohne dass sich allerdings eine Mehrheit als Aufsteiger bekennt. Interessant ist in diesem Zusammenhang die unterschiedliche Einschätzung ihrer sozialen Entwicklung durch Arbeiter und Angestellte. Während bei den Angestellten die Gruppe der Aufsteiger größer ist als die der Absteiger, treten bei den Arbeitern entgegengesetzte Relationen zutage (46).

Es gibt jedoch auch Themen, deren Bewertung relativ unabhängig ist vom sozialen Status. So ist insbesondere die Grundstruktur der Bewertung des Vereinigungsprozesses (Gewinn/Verlust) „mehr durch übereinstimmende Tendenzen als durch Unterschiede geprägt“ (69). Ein „Höchstmaß an Übereinstimmungen“ zeigt sich bei der weit überwiegenden Verlustbewertung von sozialer Sicherheit und sozialer Gerechtigkeit „über alle sozialen, demografischen und politischen Gruppierungen hinweg“ (69).

Wird es eine weitere Folge dieses Sozialreports geben? Mittlerweile sind 2 Jahre seit Erscheinen der hier besprochenen Ausgabe vergangen. Es wäre interessant zu erfahren, wie sich die soziale Lage und ihre subjektive Reflexion seit der letzten Bundestagswahl verändert hat. Die Fortführung der Analyse mit den nur hier verfolgten Fragestellungen kann nur durch jene Wissenschaftler kontinuierlich gesichert werden, die dieses Projekt von Anfang an begleitet haben. Von einem in vorangegangenen Ausgaben meist erheblich größeren Autorenkollektiv verdankt der Report 2002 nur noch drei Autoren sein Erscheinen: Gunnar Winkler als Herausgeber und Autor von 3 Kapiteln, Hanna Haupt (Einkommen) und Reinhard Liebscher (Gesundheit).

Die Vierteljahresschrift „Sozialreport“ fehlt bereits im Spektrum der Sozialberichterstattung zu Ostdeutschland. Um so wichtiger ist ein „Sozialreport 2004“. Zwar dürften auch dessen Analysen nicht sehr ermutigend ausfallen. Vielleicht hat aber der „Sozialreport 2006“ endlich vom Aufschwung Ost zu künden? Die Autoren würden sich dieser reizvollen Aufgabe sicher gern stellen.

Aus der Studie zum Projekt „Sozialberichterstattung - Instrument solidarischer Sozialpolitik?“ für 2003: Mit Blick auf die sozial Benachteiligten - Analysen zur Sozialberichterstattung 2003

Kontakt: Institut für Sozialdatenanalyse Berlin; Franz-Mehring-Platz 1 * 10243 Berlin * Tel.: 030/29784141, Fax: - 4142 * isda@gmx.net

Literatur:

Ferchland, Rainer/John Norden/Ursula Schröter/Dieter Zahn 2002: Sozialberichterstattung in Berlin. Studie

Winkler, Gunnar (Hrsg.) 2003: Menschen mit Behinderungen – Report 2003: Daten und Fakten zur sozialen Lage von Menschen mit Behinderungen in Deutschland. Berlin: trafo verlag

Winkler, Gunnar (Hrsg.) 2002: Sozialreport 2002. Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern. Berlin: trafo verlag